

## Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 10. Mai 2012

Antrags-Nr. 12-F-33-0050

### Erarbeitung eines Radverkehrsplanes

#### - Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 02.05.2012 -

Der Radverkehr hat in Wiesbaden im Vergleich zu anderen Städten eine verhältnismäßig geringere Bedeutung. Das liegt nicht nur an der Topographie, sondern auch an einer zu verbessernden „Fahrradkultur“ und Infrastruktur.

So ist bis heute keine einheitliche Konzeption für ein verbundenes Radwegenetz erkennbar. Dies gilt es zu ändern, um auch in Wiesbaden die Bedingungen für den Umstieg auf die Nutzung des Fahrrads zu verbessern.

Neuere Ansätze, u.a. die Ausweisung von Fahrradtrassen unter Einschluss wenig befahrener Straßen, sind bereits in der Umsetzung. Vorbild ist diesbezüglich das „Schleichwegekonzept“, das Schülerinnen und Schülern einen sicheren Weg von zuhause zur Schule empfiehlt.

Die Rhein-Main-Region soll nach den Plänen der Landesregierung zum Leuchtturm in Sachen Elektromobilität werden. Die Elektromobilität umfasst aber nicht nur Autos, sondern auch Pedelecs und E-Bikes. Verleihstationen, Auflademöglichkeiten und spezielle Tourismus-Routen für Elektroräder sind damit Themen, die noch intensiver als bisher zu behandeln sind.

Ein Radverkehrskonzept koordiniert die bestehenden Ansätze, identifiziert Schwachstellen, greift Nutzungskonflikte auf und enthält überprüfbare Ziele für die nahe Zukunft. Dabei ist die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit von großer Bedeutung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

- (1) ein "Radforum" einzurichten und mit diesem unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit einen Radverkehrsplan zu entwickeln,
- (2) zu diesem "Radforum" Vertreter der gesellschaftlich relevanten Gruppen (Verkehrsverbände und -unternehmen wie ADAC, ADFC, VCD, Hessischer Radfahrerverband sowie ESWE Verkehr; Wirtschaftsverbände wie IHK, Handwerkskammer sowie soziale Verbände, Sportvereine und Vertretungen wie Stadtjugendring, Elternvereine und Seniorenbeirat einzuladen und dem Radverkehr so die notwendige Aufmerksamkeit in allen gesellschaftlichen Gruppen zu geben.

---

### Antrag der Fraktionen von CDU und SPD zum Tagesordnungspunkt 6 (Antrag von CDU und SPD / 12-F-33-0050) vom 10.05.2012

Der Magistrat wird gebeten die Unterpunkte Punkte 1.1, 1.2 und 1.3 des Antrages 12-F-03-0071 in die Diskussion über den Radverkehrsplan einzubeziehen und deren Berücksichtigung in der Konzeption des neuen Radverkehrsplans zu prüfen.

---

## Beschluss Nr. 0227

Der gem. Antrag von CDU und SPD vom 02.05.2012 betr.

Erarbeitung eines Radverkehrsplanes

wird in der Fassung des gem. Antrages von CDU und SPD vom 10.05.2012 wie folgt angenommen:

Der Magistrat wird gebeten

- (1) ein "Radforum" einzurichten und mit diesem unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit einen Radverkehrsplan zu entwickeln,
- (2) zu diesem "Radforum" Vertreter der gesellschaftlich relevanten Gruppen (Verkehrsverbände und -unternehmen wie ADAC, ADFC, VCD, Hessischer Radfahrerverband sowie ESWE Verkehr; Wirtschaftsverbände wie IHK, Handwerkskammer sowie soziale Verbände, Sportvereine und Vertretungen wie Stadtjugendring, Elternvereine und Seniorenbeirat einzuladen und dem Radverkehr so die notwendige Aufmerksamkeit in allen gesellschaftlichen Gruppen zu geben.

Der Magistrat wird darüber hinaus gebeten, die nachfolgenden Punkte (aus dem Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 02.05.2012) in die Diskussion über den Radverkehrsplan einzubeziehen und deren Berücksichtigung in der Konzeption des neuen Radverkehrsplans zu prüfen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. ein **Radverkehrskonzept** mit breiter öffentlicher Beteiligung von einem erfahrenen Planungsbüro erstellen zu lassen. Dieses soll folgende Bestandteile enthalten:

### 1.1. Bestands- und Mängelanalyse:

Das bestehende Angebot wird aufgenommen. Es erfolgt eine Auswertung vorliegender Daten, Planungen und Konzepte. Die Ergebnisse bieten die Grundlage für die Mängelanalyse, in der Konflikte und Problempunkte herausgearbeitet und dargestellt werden.

Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erfolgt u. a. mittels eines Fragebogens zum Radverkehr. Dabei können beispielsweise der Fragebogen der Stadt Trier und das Vorgehen nach dem BYPAD (Bicycle Policy Audit) Verfahren Orientierung bieten.<sup>1</sup>

Neben den bereits aktiven Radfahrerinnen und Radfahrern sollen auch potentielle Radfahrerinnen und Radfahrer nach den Gründen, die sie bislang vom Radfahren abhielten, gefragt werden.

### 1.2. Neudefinition des Radverkehrsnetzes:

Ziel ist, alle relevanten Quellen und Ziele des Radverkehrs über ein Radverkehrsnetz für die Gesamtstadt zu erschließen. Das Netz soll lückenlos sein und direkt, komfortabel, attraktiv und **sicher befahrbare Verbindungen** definieren. Es werden Aussagen über mögliche Arten der

<sup>1</sup> Fragebogen der Stadt Trier:

<http://cms.trier.de/stadt-trier/Integrale?SID=CRAWLER&MODULE=Frontend&ACTION=ViewPage&Page.PK=1226>

Bei der Audit-Methode BYPAD füllen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Stadtverwaltung und den lokalen Radverkehrsorganisationen jeweils Fragebögen aus, der die unterschiedlichen Auffassungen über den Entwicklungsstand der Radverkehrspolitik aufzeigt. Im Anschluss daran werden kontroverse Standpunkte in einem moderierten Prozess von einem/einer Auditor/in miteinander diskutiert. Ziel ist es, zu einer gemeinsamen Beurteilung zu kommen und daraus Qualitätsziele und Maßnahmen für die Zukunft abzuleiten.

[http://www.bypad.org/cms\\_site.phtml?id=551&sprache=de](http://www.bypad.org/cms_site.phtml?id=551&sprache=de)

---

Führung des Radverkehrs gemacht. Hierzu zählen beispielsweise einerseits Schnelltrassen für Pedelecs / E-Bikes, direkte ampelfreie Fahrradroutes durch die Wohngebiete ins Zentrum, andererseits kombinierte Rad- und Fußwege, Öffnung von Parkwegen und Fußgängerzonen oder Mischflächen (Shared Space).

Bei der Wahl der Führung des Radverkehrs ist immer zu bedenken, dass Radfahrerinnen und Radfahrer keine homogene Gruppe sind, sondern verschiedene Anforderungen erfüllt werden müssen, z.B. für

- die auf schnelle und direkte Verbindungen optimiert Fahren den
- die primär auf Sicherheit bedachten Fahrerinnen und Fahrer
- Berufspendlerinnen und -pendler, Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, der Kinder und der Älteren usw.

Ein Haupttroutennetz mit vordringlicher Verbindungsfunktion sollte festgelegt werden. Dieses ist prioritär umzusetzen.

Verbindungen für Pendlerinnen und Pendler aus dem Umland sind auszubauen.

### 1.3. Maßnahmendefinition:

Aus den Ergebnissen der Mängelanalyse sind konkrete Maßnahmen des Radverkehrskonzepts abzuleiten. Dabei sind Aussagen zu den folgenden Handlungsfeldern zu machen:

- a. Maßnahmen zur Behebung von Netzlücken und zur Verbesserung der Verkehrs- und Infrastrukturqualität mit Prioritätensetzung (vgl. 1.2)
- b. Kennzeichnung / Beschilderung des Radwegenetzes
- c. Optimierung der Sicherheit und Schnelligkeit der Verbindungen
- d. Betrachtung der Besonderheiten des Elektrofahrradverkehrs, z.B. durch Schnell-trassen
- e. Ausbau des Angebots an Abstellanlagen
- f. Verknüpfung des Radverkehrs mit dem ÖPNV
- g. Service- und Dienstleistungsangebote für den Radverkehr
- h. Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel ein fahrradfreundliches Klima zu schaffen / Imagekampagne für das (E-) Radfahren
- i. Tourismusangebote
- j. Verkehrserziehung an Schulen
- k. Ansprechpartner bei der Stadt für Belange der Radfahrerinnen und Radfahrer, „Fahrradbüro“

Dazu gehört die Integration des Radverkehrskonzepts in den Verkehrsentwicklungsplan und die Definition der Zielgröße Modal Split für den Radverkehr mit der Benennung geeigneter Maßnahmen zur Umsetzung und Erstellung eines Zeitplans zur Umsetzung.

Eine ständige Erfolgskontrolle ist einzurichten, die eine zeitnahe Nachsteuerung ermöglicht. Dies beinhaltet u.a. die Durchführung von Zählungen, die Anlage einer Unfalldatenbank, regelmäßige Berichte an die Stadtverordnetenversammlung.

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2012

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .05.2012

Dezernat IV  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller  
Oberbürgermeister